



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

Petitionsübergabe für eine menschliche Flüchtlingspolitik:  
Rede von Vania Alleva

## Ein Gebot der Menschlichkeit

Heute schreibt Europa das dunkelste Kapitel seiner Mittelmeer-Geschichte. 3279 Flüchtlinge sind 2014 im Mittelmeer ertrunken. 3770 im vergangenen Jahr. Und bereits wieder 3000 in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres – 500 hundert tote Kinder, Frauen und Männer jeden Monat. Es werden immer mehr.

Was hier passiert ist nicht normal. Europa ist heute für den Tod von 90% aller Menschen mitverantwortlich, welche weltweit auf der Suche nach einem sicheren Asyl sterben – nachdem sie die Kriege und Terrorregimes, vor denen sie flüchteten, bereits hinter sich gelassen hatten. Das ist die Folge einer unmenschlichen Abschreckungspolitik der reichen europäischen Länder gegen Menschen in Not. Europa schaut weg! Im vergangenen Jahr beschlossen die EU-Staaten die geordnete Umsiedlung von 160'000 Flüchtlingen, die in Griechenland und Italien unter zum Teil katastrophalen Bedingungen in Lagern ausharren müssen. Doch nur gerade mal ein Prozent von ihnen konnte bisher in ein sicheres Zielland weiterreisen.

Die Schweiz, die sich immer wieder gerne selber als humanitäres Vorzeigeland verkauft, geht leider nicht mit gutem Beispiel voran. Ganz im Gegenteil: Nach zehn Asylgesetz-Verschlechterungen gehört unser Land zu den Abschreckungs-Champions in Europa. Die Schweiz hat das Flüchtlingsdrama, welches weite Teile Europas beschäftigt, einfach ausgesperrt.

Die Asylbewerberzahlen in der Schweiz sind rückläufig und lagen im Mai unter dem Vorjahresstand. Obwohl also in unserem Land von einem Asylhotstand absolut keine Rede sein kann, geht die Hetze gegen Flüchtlinge munter weiter. Und wenn ich von Hetze rede, denke ich nicht an ein paar versprengte Neonazis, sondern an einige unserer höchsten Amts- und Würdenträger.

Zum Beispiel an **Norman Gobbi**, Tessiner Regierungspräsident der Lega, der bereits vor einem Jahr die Schliessung unserer Grenzen forderte, um «Druck auf andere Staaten zu machen, die ihren Pflichten nicht nachkommen». Oder an VBS-Chef **Guy Parmelin**, der im Februar vorsorglich den WK von 5000 Soldaten verschoben hat und über eine Verlängerung der Wiederholungskurse nachdenkt, damit die Armee zur Flüchtlingsabwehr an die Grenze gestellt werden kann. Und an seinen SVP-Kollegen **Ueli Maurer**, der vor wenigen Tagen erst von Schlepper-Routen über die Bündner Berge fantasierte und die Einführung von 48-stündigen Schnellverfahren gegen «Asylsuchende aus afrikanischen Ländern» forderte.

Diesem Skandal können und wollen wir Gewerkschaften nicht tatenlos zuschauen. Wir sind seit jeher Internationalisten des Verstandes UND des Herzens. Das Recht auf eine sichere und würdige Existenz gilt für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Die Unia versammelt Mitglieder aus 169 Herkunftsländern. Für uns ist klar: Landesgrenzen dürfen nicht töten. Die sofortige Aufnahme von 50'000 gefährdeten Menschen, wie wir sie fordern, ist darum schlicht ein Gebot der Menschlichkeit.

Wie wir fordern die Gewerkschaften in ganz Europa eine asylpolitische Umkehr, welche den Respekt vor der Würde der Menschen, und das Recht der Flüchtlinge auf physische Integrität wiederherstellt. Eine Gewerkschafts-Konferenz mit Delegierten aus 22 Ländern, darunter auch der Unia, hat diese Haltung vergangene Woche in Rom bekräftigt: Der laufende Asyl-Abschreckungswettlauf schafft zusätzliches Leid und löst kein einziges Problem. Er muss beendet werden. Stattdessen braucht es koordinierte Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, welche den Schutz, die würdige Aufnahme und die rasche Integration von Flüchtlingen ermöglichen.

- Eine Verbesserung des Dublin-Abkommens, welche verbindliche Mindeststandards für das Asylverfahren, für die Unterbringung sowie die Unterstützung von Flüchtlingen bringt und eine menschliche Umverteilung innerhalb Europa gewährleistet.
- Konsequente Förderung der raschen beruflichen Integration von Flüchtlingen mit Sprachunterricht und speziellen beruflichen Bildungsprogrammen. Minderjährige Flüchtlinge brauchen eine besondere Unterstützung.
- Die bürokratischen Hürden, welche die Asylsuchende künstlich vom Arbeitsmarkt fernhalten, müssen fallen. Gleichzeitig braucht es stärkere flankierende Massnahmen der Arbeitsmarktkontrolle und Schutzbestimmungen, welche garantieren, dass die geltenden Gesamtarbeitsverträge und arbeitsgesetzlichen Bestimmungen auch angewandt werden. Flüchtlinge dürfen nicht diskriminiert und zum Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen missbraucht werden.
- Mehr Engagement für Flüchtlinge in Krisengebieten und eine effektive Hilfs- und Rettungsorganisation für Menschen auf der Flucht. Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und von Strategien zur friedlichen Konfliktlösung. Und eine langfristig angelegte Politik, welche die wichtigsten Kriegs- und Fluchtursachen zurückdrängt: Hunger, Diskriminierung, Ausbeutung, ökologische Zerstörung.

Ein Teil dieser Massnahmen kann und muss die Schweiz in eigener Regie durchführen. Für die anderen braucht es ihre internationale Mitarbeit. Daher erwarten wir von der Schweiz auch, dass sie – ganz im Geiste ihrer humanitären Tradition – die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen aktiv unterstützt, welche sich weltweit für eine Linderung des Flüchtlingselends einsetzen.

20.6.2016